

INKLUSIVE UND EXKLUSIVE SOLIDARITÄT IN ÖSTERREICH

István Grajczjár – Lisa Marie Doppelhofer –

Colin Kaggl – Robert Stecker

DOI: 10.25116/kozelitesek 2018.kulonszam

Abstract

The study is based on the analysis of value-clusters developed by Csepeľi and Prazsák using the dataset of the European Social Survey 2008, namely the clusters of actives, passives and rebels. The aim of this study is to analyze exclusive forms of solidarity in Austria their links to right wing extremism, welfare chauvinism and affinity to FPÖ, on the one hand. On the other hand, this paper investigates inclusive solidarity and democratic attitudes to explain the acceptance of progressive social policy, social engagements and, refusal of discriminating solutions. Our most important results are that authoritarian-exclusive solidarity (passives) and neoliberal anti-solidarity (rebels) are the strongest explaining factors of the sympathy with right wing extremism, while inclusive solidarity leads to more intensive social activity and the acceptance of more democratic and universalistic social policy and the demand of antidiscriminative action.

Abstrakt

Diese Studie beschäftigt sich mit den von Csepeľi's und Prazsák definierten Werteklassen, der Aktiven, Passiven und der Rebellen, unter Zuhilfenahme des European Social Surveys 2008. Ziel dieser Arbeit ist einerseits die Untersuchung exklusiver Formen der Solidarität und deren Zusammenhang mit Rechtsextremismus, Wohlfahrtschauvinismus sowie der Sympathie mit der FPÖ. Andererseits analysieren wir inklusive Solidarität und demokratische Einstellungen, welche die Akzeptanz progressiver Sozialpolitik, soziales Engagement und die Ablehnung auf Ausgrenzung basierender politischer Strategien erklären. Unsere wichtigsten Ergebnisse zeigen auf, dass autoritäre exklusive Solidarität (charakteristisch unter Passiven) und neoliberale Anti-Solidarität (charakteristisch unter Rebellen) die wesentlichen Faktoren für eine Neigung zum Rechtsextremismus sind, während inklusive Solidarität zu intensiver sozialer Aktivität, Akzeptanz demokratischer und universalistischer Sozialpolitik und Ablehnung von Diskriminierung führt.

Einführung

Das Erstarken der rechtsextremen Parteien in einem unter neoliberalem Druck veränderten Europa ist seit einigen Jahrzehnten ein breit diskutiertes Phänomen. Wie verschiedene Forschungen ze-

igen, können Unsicherheitsgefühle und Deprivation, aber auch „winner“-Positionen zu exklusiven Einstellungen und Rechtsradikalisierung führen (vgl. Flecker, 2012; Grajczjár & Tóth, 2009). Beispiele lassen sich neben Österreich auch in Dänemark, Ungarn, der Schweiz, Griechenland, Italien oder Frankreich finden. Unsicherheitsgefühle und Deprivation führen jedoch nicht zwangsläufig zu einer Ausweitung exklusiver Solidarität und Rechtsradikalismus. Auch Formen der inklusiven Solidarität – seien es die Unterstützung karitativer Aktionen, internationale Proteste, der Kampf gegen Armut oder die Unterstützung von MigrantInnen – können in Krisenzeiten beobachtet werden (vgl. della Porta & Caiani, 2009). OECD-Daten konnten dies in Spanien, Italien, Ungarn, Finnland und Portugal zwischen 2007 und 2012 nachweisen (OECD, 2014).

Die vorliegende Studie basiert auf der Analyse der drei Werteklassen der europäischen Bürgerinnen und Bürger, die Csepeli und Prazsák 2010 in ihrer Arbeit „Eternal return?“ anhand der Analyse der vierten Runde des European Social Surveys (ESS 4) beschrieben haben. Die drei Werteklassen, zeichnen sich durch eine für sie einzigartige Kombination aus Werten/Attitüden¹ aus und stellen ein jeweils in sich schlüssiges „Wertesystem“ dar. Auf europäischer Ebene sind dies die Gruppen der „Passiven“, der „Rebellen“ und der „Aktiven“. Jenő Szűcs (1983) zitierend gehen Csepeli und Prazsák (2010) davon aus, dass gesellschaftliche Aktivität und soziale Beweglichkeit das Anstreben von politischen, wirtschaftlichen und ideologischen Zielen bedeuten. Im Gegensatz dazu sind Passivität und Bewegungslosigkeit Eigenschaften jener Menschen und Gesellschaften, die sich mit ihren scheinbar unveränderlichen Schicksalen abgefunden haben. Die Gruppe der Passiven ist gekennzeichnet durch ihren „von außen gesteuerten“, sich der Handlungsfreiheit entziehenden autoritären Charakter, der dem Staat gegenüber ängstlich und misstrauisch ist. Dennoch wird der Staat als notwendig für Verbesserung der Lebenssituationen und Garant für Sicherheit betrachtet. Der Staat stellt nach Csepeli und Prazsák, ähnlich dem Vater in der autoritären Familie, die Quelle von Angst und Verehrung dar. Dieses Phänomen macht die Gruppe der Passiven für ausgrenzende Einstellungen empfänglich, während die Aktiven, welche ein anderes Verhältnis zu Staat und Mitmenschen haben, zu inklusiver Solidarität tendieren. Eine Frage bleibt allerdings offen: Inwiefern beeinflusst die Kombination dieser Grundwerte und Werteklassen die Sympathie mit der extremen Rechten (als exklusiv-solidarische Orientierung anhand unterschiedlicher sozialpsychologischer Einstellungen bezüglich der Relationen von In-Group und Out-Group) und wann führt sie zu einer inklusiveren Form von Solidarität?

In dieser Studie widmen wir uns den Wertorientierungen der Befragten 2010-11 speziell in Österreich, einem Land, welches in der internationalen Analyse von Csepeli und Prazsák nicht analysiert wurde (statt 2008 wurde die Datenerhebung von ESS4 in Österreich 2010-11 durchgeführt). Aufgrund seiner geografischen Lage und Geschichte sowie der starken Prägung durch die Verbin-

¹ wie soziales Vertrauen, Toleranz, Altruismus, Etatismus, Individualismus, Konformismus und Autonomie am Arbeitsplatz

derung von Ost und West, ist Österreich ein besonders interessantes Studienobjekt, bei welchem die steigende Unterstützung des Rechtsextremismus als eine Form von exklusiver Solidarität sowie eine steigende institutionalisierte Solidarität (wie die Forderung nach einer gerechteren Umverteilung durch den Staat) im untersuchten Zeitraum zu beobachten sind (vgl. Friesl, Hamachers-Zuba & Polak, 2009).

Anhand der Adaptierung Csepelis und Prazsáks allgemeiner Stratifikation auf Österreich soll der Zusammenhang zwischen exklusiven Formen der Solidarität und der Rechtsradikalisierung bzw. der Einbettung inklusiv-solidarischer Einstellungen aufgedeckt werden, um die Solidaritätsbereitschaft sowie Radikalisierungspotentiale dieser Gesellschaft daran zu messen. Unsere erste Forschungsfrage lautet wie folgt: Welche Formen der Solidarität können den drei von Csepeli und Prazsák bezeichneten Werteklassen zugeordnet werden und inwiefern hängen exklusive Solidaritätsformen mit der Sympathie der extremen Rechten zusammen?

Sozialpolitik und die Einstellung der Bevölkerung zu sozialpolitischen Maßnahmen spielen eine entscheidende Rolle für die Bekämpfung von sozialer Ungleichheit. Nach Giddens (2013) werden auf der Makroebene der Wohlfahrtstaat und die Sozialpolitik als institutionalisierte Solidarität aufgefasst. Wohlfahrtstaatliche Ausgaben haben zum Beispiel bei der Milderung der Krise zwischen 2007 und 2009 eine maßgebliche Rolle gespielt, wie die Europäische Kommission feststellen konnte (vgl. Europäische Kommission, 2012, S. 15). Im Gegensatz dazu haben Restriktionen und Kürzungen in sozialpolitischen Ausgaben die automatische Stabilisierungsfunktion des Sozialschutzsystems in unterschiedlichen europäischen Ländern ernsthaft geschwächt (vgl. European Commission, 2013, S. 21).

Die vierte Runde des ESS bietet durch das „rotating Modul“ des Surveys eine exzellente Möglichkeit, die Einstellungen zum Wohlfahrtstaat und damit verbundenen Erwartungen gegenüber der staatlichen Umverteilung als Unterstützung makrosolidarischer Aktionen zu messen.

Dementsprechend lautet unsere zweite Frage: Welche Arten der Sozialpolitik (als institutionalisierte Solidarität) unterstützen die unterschiedlichen Werteklassen in Österreich, und wie können die zugehörigen Lösungspräferenzen erklärt werden?

Solidarität als Inklusive Orientierung

Der Begriff der Solidarität, stammt ursprünglich aus dem römischen Recht. Im Lauf der Zeit wurde er allerdings „auf das Gebiet von Politik, Gesellschaft und Moral übertragen“ (Bayertz, 1999, S. 11). Die Gemeinsamkeit der verschiedenen Verwendungsweisen des Begriffs liegt laut Bayertz „in der Idee eines wechselseitigen Zusammenhangs zwischen den Mitgliedern einer Gruppe von Menschen“ (ebd.). Solidarität bringt Menschen dazu, individuelle und Partikularinteressen zu Gunsten gesamtgesellschaftlicher Interessen zurückzufahren (vgl. ebd.) Solidarität bezieht sich auf die Integration von Gesellschaften als

Ganzes und ist als besondere Form oder Qualität von individuell oder kollektiv sozialem Verhalten zu verstehen (vgl. Gesthuizen et al., 2014).

In ihrer Definition fassen Zulehner, Denz, Pelinka & Tálos (1996) Solidarität als Zentralbegriff der Gerechtigkeit auf (vgl., S. 54): „Solidarität ist die Fähigkeit (Kompetenz) eines Menschen, sich für das Gemeinwohl und darin für eine gerechtere Verteilung der Lebenschancen (wie bewohnbare Welt, Nahrung, Wohnen, Familiengründung, freie Erziehung, Bildung, Arbeit, gemeinsame öffentliche Religionsausübung) stark zu machen“ (ebd.). Dabei werden drei verschiedene Solidaritätsbereiche, die sich jeweils in ihrer Reichweite von einander abheben, unterschieden: Mikrosolidarität, Mesosolidarität (aufgeteilt in eine ferne und eine nahe Variante) und Makrosolidarität. Mikrosolidarität betrifft das nähere Lebensumfeld, beispielsweise die Familie, und umfasst beispielsweise die Hilfe für Nahestehende und in welcher Art und Weise Individuen ihre Solidarität durch ihre sozialen Handlungen zeigen. Mesosolidarität meint Solidarität mit mittlerer Reichweite. Als Mesosolidarität lassen sich Probleme der eigenen unmittelbaren Wahrnehmung und Kommunitarismus innerhalb der Gesellschaft, Arbeitssolidarität (Gewerkschaften, Verbände) und Resozialisierung bezeichnen. Solidarität mit großer Reichweite, in Form von Wohlfahrtsstaat und Sozialpolitik, wird als Makrosolidarität bezeichnet. Auf Makroebene kommt zum kollektiven „aufeinander verlassen“ das Teilen von Ressourcen mit bedürftigen Menschen hinzu (vgl. Beecher, 1986; Stjernø, 2005, S. 28). Makrosolidarität weitet sich auch auf die Einstellung zu Themen wie Migration, Entwicklungszusammenarbeit und Asylwesen aus (vgl. Zulehner et al., 1996).

Nach Becker, Eckert, Kohli und Streeb (2004) ist das Konzept der Solidarität jedoch kein universalistisches. Die Verpflichtung zur Solidarität beginnt mit der Zugehörigkeit zu einer Gruppe und ist auf diese limitiert. Aus dieser Sicht kommt dem Nationalstaat eine besonders wichtige Rolle als „Solidargemeinschaft“ zu. Laut Hondrich und Koch-Arzberger (1992) ist Solidarität eine durch und durch moderne Art sozialer Bindung, insofern sie auf der freien Entscheidung der Einzelnen beruht. Die Einzelnen haben nicht nur die Wahl, sich solidarisch oder nicht solidarisch zu verhalten, sondern auch die Wahl zwischen verschiedenen, inklusiven oder exklusiven Solidaritäten (ebd., S. 13-16).

Theoretische Überlegungen zu inklusiver Solidarität

Bei kollektivem sozialem Verhalten und gesellschaftlicher Integration spielen Toleranz, Altruismus, Etatismus und soziales Vertrauen eine entscheidende Rolle. Gesamtgesellschaftlichen Interessen zu dienen, Familienangehörigen sowie auch Unbekannten Hilfe zu leisten, eine gerechtere Verteilung der Lebenschancen zu schaffen und aufrechtzuerhalten, sowie das Teilen von Ressourcen mit bedürftigen Menschen sicherzustellen und Entwicklungszusammenarbeit zu befürworten – all diese Punkte sind ebenfalls von sozialem Vertrauen, Toleranz, Altruismus und Etatismus abhängig.

Putnam geht in seinen Studien über **soziales Vertrauen** und Sozialkapital davon aus, dass gesellschaftliche Verbundenheit, Solidarität und Toleranz durch gut funktionierende (sprich aktive) soziale Netzwerke gefördert werden. Des Weiteren können hier Normen der Reziprozität und pro-soziale Wertorientierungen entstehen. Putnam behauptet, dass diese Orientierungen vor allem in horizontal strukturierten Netzwerken gefördert werden, und es so zur Bildung von Vertrauen und zur Stabilisierung von Vertrauensbeziehungen kommen kann (vgl. Putnam 2000,134). Dieses Vertrauen wird aus den sozialen Netzwerken hinaus auf Fremde übertragen, wodurch es zu einem sozialen (generellen) Vertrauen kommt. Dies stärkt seiner Meinung nach die Demokratie in einem Land und macht Probleme des kollektiven Handelns in modernen Gesellschaften leichter lösbar; außerdem sind die Menschen eher zu kooperativem Handeln bereit (vgl. Frings 2010).

Jedoch hat **Toleranz** – wie der Solidaritätsbegriff – immer eine Grenze, und im Falle von Toleranz bleibt immer eine gewisse Abgrenzung bestehen (vgl. Klein und Zick 2013). Zick et al. (2011) stellen sich die Frage, welche Gruppen als Mitglieder der Gesellschaft akzeptiert werden und in welchem Ausmaß Heterogenität und gesellschaftliche Vielfalt erwünscht sind (vgl. ebd.,18). Intoleranz stellt, in ihren Augen, eine Gefahr für den Zusammenhalt pluraler und demokratischer Gesellschaften dar; sie stellen die Frage inwieweit vermeintlich „Andere“ oder „Fremde“ als gleichberechtigte Mitglieder akzeptiert und beteiligt werden (ebd.,11). Dies ist vor allem in Zeiten der Krise interessant, da sozio-ökonomische Krisen zu Intoleranz, Ablehnung und/oder Diskriminierung verschiedener gesellschaftlich minorisierter Gruppen und Schuldzuweisungen gegenüber Out-groups führen können (vgl. Flecker 2012).

Altruismus wird vor allem als Gegenbegriff zum Egoismus und als ein wichtiges Motiv zur inklusiven Solidarität verstanden. Eingeführt wurde der Begriff des Altruismus durch Auguste Comte (vgl. Mill 1968, 89). Eine moderne Definition des Begriffs stammt von dem Sozialpsychologen Hans-Werner Bierhoff (2010). Er definiert Altruismus in Abgrenzung zu hilfreichem und prosozialem Verhalten. Das Besondere am Altruismus ist, „dass die Motivation der helfenden Person durch Perspektivenübernahme und Empathie gekennzeichnet ist“ (Bierhoff 2010, 14). Während prosoziales Verhalten auch egoistisch motiviert sein kann wird Altruismus also definiert als: „Selbstloses Interesse an oder Sorge für das Wohlergehen anderer“ (ebd.) (Vgl. Bierhoff 2006, 151; Bierhoff 2010,14; Bierhoff & Rohmann 2012, 1333).

Etatismus ist eine politische Haltung, die versucht, die vom freien Markt hervorgerufenen Probleme, wie soziale Ungerechtigkeit und Ungleichheit sowie Unsicherheit, durch staatliche Eingriffe zu lösen (vgl. Andreß et al. 1998). Dabei soll der Staat nicht direkt in gesellschaftliche Prozesse

eingreifen, sondern Mängel diagnostizieren und vorhandene Probleme beseitigen sowie Fehlentwicklungen, zum Beispiel durch Umverteilung, zu korrigieren. Wie Florian Alber (2006) betont, spielt Etatismus eine entscheidende Rolle in der „Bereitstellung von Wohlfahrt und der Sicherung der Teilhabe des Bürgers an den vorhandenen Ressourcen“ (ebd.). Hamman et al. (2001) gehen davon aus, dass EtatistInnen egalitäre gesellschaftliche Konzepte unterstützen, die versuchen soziale Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten zu minimieren (274). Carsten Ullrich (2000) kommt zu dem Schluss, dass der Wohlfahrtsstaat in allen Ländern, in denen Untersuchungen zur Akzeptanz oder Unterstützung desselbigen gemacht wurden, positiv betrachtet wird. Auch in Untersuchungen von Reißler (2002) wird eine Tendenz zur überwiegend positiven Aufnahme des Wohlfahrtsstaates deutlich.

Dass diese vier Werte und Solidarität korrelieren, konnte unter anderem in ungarischen Forschungen gezeigt werden (vgl. Janky 2005,74, Babarczy 2005, 118). Dabei wurde der Fokus auf soziales Vertrauen, Altruismus, Etatismus und politische Attitüde gelegt. Tóth (2009) betonte die Rolle des sozialen Kapitals und der sozialen Leistungen (Sozialpolitik und Etatismus) hinsichtlich Solidarität. Giczi und Sik (2009) erstellten einen Solidaritätsindex, in dem „Hilfsbereitschaft“ für Familienmitglieder, kranke Menschen, körperlich oder geistig Beeinträchtigte, Alte, NachbarInnen und EinwandererInnen untersucht wurden (70). Ferge (1997) zu Folge ist Solidarität inhaltlich mit Verantwortlichkeit, gegenseitiger Hilfsbereitschaft und dem Altruismus ident. In der Solidaritätsstudie von 1994-2008 (Friesl et al. 2009), wurde Solidarität durch Toleranz und Vertrauen gemessen. Bayertz (1999) hingegen betont den Anti-Egoismus (Altruismus) und das wechselseitige Vertrauen, Zulehner (1996) die Hilfsbereitschaft der Menschen (Altruismus), die soziale Gerechtigkeit durch den wohlfahrtsstaatlichen Eingriff und den Zivilaktivitäten (54). Des Weiteren erachten wir Stjernø (2005) inklusive und exklusive Dimensionen der Solidarität für entscheidend. Diese werden meistens mit der Toleranz gegenüber MigrantInnen gemessen (vgl. Stjernø 2005).

Rechtspopulismus, Rechtsextremismus als exklusive Orientierung

Rechtspopulistische PolitikerInnen stellen sich oft als einzig authentische RepräsentantInnen der „stillen Mehrheit“ dar und nutzen vermeintliche Fehltritte um Regierungsmitglieder, Opposition und auch außerparlamentarische Kräfte zu diskreditieren. Diese Parteien und Organisationen geben einfachklingende, dabei meist autoritäre Antworten auf komplizierte gesellschaftliche Fragen. Sie nutzen Ängste, Enttäuschungen und Gefühle der Aussichtslosigkeit der Menschen aus und hetzen gegen Minderheiten, MigrantInnen, politische GegnerInnen, die EU und die schwächsten der Gesellschaft (vgl. Geden, 2007; Mudde, 2014), und beschuldigen sie, für soziale und wirtschaftliche Probleme verantwortlich zu sein (vgl. Hentges, 2011). Laut Richard Stöss (2013)

„fordern [rechtspopulistische Parteien] unter anderem eine leistungsorientierte Gesellschaftsordnung, ein Bekenntnis zu ‘Christlichem Abendland’ und nationaler Kultur [...] und der Forderung einer ‚Law-and-Order-Politik‘ gegen, für die eigene Nation, als schädlich oder bedrohlich wahrgenommene Personen und Organisationen und als zu liberal und unflexibel wahrgenommene bestehende Strukturen in Staat, Verwaltung und politischen Entscheidungsprozessen“. Wohlfahrtsstaatliche Unterstützung soll nur Personen der „eigenen“ Nation, nationalistisch gesprochen „würdigen“ Personen, zu Teil werden (vgl. ebd., S. 575.). Die extreme Rechte steht für diese exklusive Form der Solidarität entlang vermeintlich ethnischer und nationaler Grenzen (vgl. Carvalho, 2014). Ihr Solidaritätskonzept ist aber nicht nur in Bezug auf Ethnien, Nation und teilweise Religion exklusiv; zusätzlich wird auch eine sexistische, homophobe und sozialdarwinistische Position eingenommen (vgl. ebd.).

In Österreich gab es 2010 vor allem zwei Parteien, denen eine explizit rechtsextreme Ideologie zugeordnet werden konnte: dies sind die FPÖ unter Heinz-Christian Strache, sowie das Bündnis Zukunft Österreich (BZÖ). Im Folgenden konzentrieren wir uns auf die FPÖ, da sie bis 2008 und dann auch 2013 erheblich stärker wurde und mehr als 20% der Stimmen für sich gewinnen konnte, während sich das BZÖ nach dem Tod Jörg Haiders aufzulösen begann.

Die Politik der FPÖ ist charakterisiert durch Migrations- und Islamfeindlichkeit sowie EU-Skeptizismus. Es bestehen ein Hang zum Autoritarismus sowie ein Persönlichkeitskult um den Parteichef. Diese Partei vertritt eine Relativierung der österreichischen Geschichte zur Zeit der NS-Diktatur. Es bestehen außerdem enge Verbindungen zu rechtsextremen Burschenschaften (vgl. Mitnik, 2010) und anderen rechtsradikalen außerparlamentarischen Kräften. Laut Preglau (2001) ist die FPÖ eine wohlfahrtschauvinistische rechtsextreme Partei, die die demokratischen „Spielregeln“ übertritt.

Das Konzept der Solidarität innerhalb der FPÖ schließt MigrantInnen größtenteils aus, diese werden in ein kriminelles Licht gerückt und beschuldigt, den Staat auszunützen (vgl. ebd.). Dienstleistungen des Wohlfahrtsstaats sollen dementsprechend nur der autochthonen Bevölkerung, den „wahren ÖsterreicherInnen“, zu Gute kommen.

Erklärungen zur Entstehung exklusiver Solidarität

Individuelle Reaktionen auf sozio-ökonomische Verhältnisse im Allgemeinen können mit Bezug auf Klassenpositionen und soziale Milieus nachvollzogen werden (vgl. Vester, 2001). Vester beschreibt sogenannte „Ausgestoßene“ als Gruppen, die Missgunst gegenüber (sozial) schwächeren Gruppen und Fremden hegen und auf die eigene gesellschaftliche Exklusion mit der Exklusion anderer reagieren. Der Mangel an Ressourcen kann in Zeiten der hohen Arbeitslosigkeit die Job-Unsicherheit erhöhen und die Unterstützung von Einschränkungen im Sozialbereich sowie Wohlfahrtschauvinismus stärken (vgl.

ebd.). Kitschelt und McGann (1997) verbinden mit Wohlfahrtschauvinismus die Ansicht, dass sozialer Schutz einzig nach nationalen oder ethnisch bestimmten Richtlinien gewährt werden sollte.

Im Mittelpunkt einer anderen soziologischen Forschungsrichtung steht der Zusammenhang steigender Individualisierung und sozialer Ungleichheit. Steigende Individualisierung und Fragmentierung führen oft zu Misstrauen und einem Wiederaufleben traditioneller „mechanischer Formen“ der Solidarität, und somit häufig zu exklusiver Solidarität (vgl. Bellah, Madsen, Sullivan, Swidler, & Tipton., 1996). Andere Forschungen dokumentierten Verbindungen zwischen Misstrauen und dem Mangel an Solidarität mit Out-Groups, wie z.B. ethnischer Exklusion (vgl. Coenders, Lubbers & Scheepers, 2007), die sich als Unterstützung für restriktive Migrationspolitiken und dadurch im Wahlverhalten in Richtung rechtsextremer Parteien, welche die Exklusion von Migranten zum Ziel haben, äußert (vgl. Werts, Scheepers & Lubbers, 2012).

Das europäische, zwischen 2001 und 2004 durchgeführte, SIREN-Projekt fokussierte auf die Verbindungen zwischen sozio-ökonomischen Veränderungen, Misstrauen, Intoleranz und exklusiver Solidarität (vgl. Flecker, 2012). Das Projekt konnte deutlich machen, wie ein Aufschwung des Rechtsextremismus, angetrieben durch enorme Umstrukturierungen, entstehen konnte (ebd.). Die Bedrohung durch Arbeitslosigkeit, die Umstrukturierung von Firmen sowie der Umbau sozialer Sicherungssysteme werden von RechtspopulistInnen häufig in Zusammenhang mit Globalisierungsprozessen und Finanzkapital gebracht. Infolgedessen wird wirtschaftlicher Protektionismus gefordert, der als exklusive Solidarität aufzufassen ist. Laut Hentges (2011) „kursiert die Kritik an Globalisierung und am international agierenden Finanzkapital, dem ein ethnisch homogener Nationalstaat entgegengesetzt wird, der – autonom – die alleinige Entscheidungsgewalt über ökonomische Prozesse haben soll. In diversen Strömungen der extremen Rechten spielen Elemente einer Identitätspolitik eine wichtige Rolle, in welcher eine geschlossene, nationale, exklusive Identität gegenüber transnationaler Identität unterstützt wird (vgl. Hentges, 2011). Die „Verlierer“ dieses Wandels können anhand ihres ambivalenten Vorurteils (Csepeli-Murányi-Prázsák 2010) die Gleichheit der eigenen In-Group vertreten, während gegenüber „Fremden“ eine Hierarchisierung stattfindet. Daneben betonen insbesondere, sogenannte Gewinner-Theorien, dass die steigende Wahrnehmung von Sicherheit, Anerkennung und Wettbewerbsfähigkeit, die dadurch etablierte Überlegenheit als legitimes Selbstbild sowie die Gewinner-Identität stets gerechtfertigt werden müssen. Die Hierarchisierung der Gesellschaft wird dadurch als ‚normal‘, ‚naturegeben‘ und notwendig aufgefasst. Im verstärkten neoliberalen Wettkampf am Markt können nur die „Starken und Würdigen“ überleben. Diese Auffassung führt zur sozialen Dominanzorientierung (vgl. Pratto, Sidanius, Stallworth, & Malle, 1994) oder zum Neu-Rassismus, d.h. zur Legitimierung der als gerecht wahrgenommenen Ungleichheit aufgrund „natürlicher Selektion“ (sozial-Darwinismus) (vgl. Pratto, 1999), und dadurch zu exklusiver Solidarität.

Veränderungen in inklusiven und exklusiven solidarischen Einstellungen in Österreich

In Österreich konnte im Zeitraum von 1999-2008 eine große Veränderung in Bezug auf die Einstellungen zu wohlfahrtstaatlicher Umverteilung (institutionalisierte Solidarität) ausgemacht werden. Während 1999 weniger als 50% der Befragten der Ansicht waren, dass Einkommensunterschiede verringert werden sollten, waren es 2008 bereits 74%. Außerdem waren mehr Menschen (2008: 37%; 1999: 25%) der Meinung, dass „man denen, die mehr haben, etwas wegnehmen dürfen [sollte], um es an Bedürftige zu verteilen“ (Friesl, Hamachers-Zuba & Polak, 2009, S. 239). Gleichzeitig waren die befragten ÖsterreicherInnen zunehmend der Meinung, dass „Einkommensunterschiede einander stärker angeglichen werden sollten“ (ebd.). Während 1999 nur 38% der Befragten dieser Aussage zustimmten, stieg der Wert bis 2008 sogar auf 55% an. Des Weiteren stimmten 63% der Befragten des ESS 4 (2011) der Aussage zu, dass der Staat Maßnahmen ergreifen sollte, um Einkommensunterschiede zu reduzieren, während 66% mit der Behauptung einverstanden waren, dass in einer gerechten Gesellschaft die Unterschiede im Lebensstandard der Menschen klein sein sollten (eigene Berechnungen). Der erstarkende Etatismus war auch bei der Frage, ob „jede/-r Bürger/-in mehr Verantwortung übernehmen soll“, zu beobachten: 2008 stimmten nur 44% der Befragten dieser Aussage zu (1990 noch 61%) (vgl. ebd.).

Gleichzeitig konnte die Solidaritätsstudie von 1994-2008 bestätigen, dass die Intoleranz gegenüber ImmigrantInnen in diesen Jahren in Österreich drastisch gestiegen ist. Das Einverständnis mit xenophoben Behauptungen ist seit 1994 um 10% gestiegen und lag 2008 bei 55% – die Zurückweisung solcher Aussagen lag dagegen bei nur 13% (1994: 18%) (vgl. Friesl et al., 2009). Ganze 42% der Bevölkerung stimmten der Aussage „je weniger Ausländer, umso besser“ zu (vgl. Reiter, 2010). Des Weiteren zeigte eine UNHCR Studie 2011, dass 59% der Befragten Flüchtlinge als Verbrecher und sogar 69% sie als eine Belastung für das Sozialsystem Österreichs wahrnehmen (UNHCR 2011).

Außerdem zeigen Daten der OECD, dass in einigen europäischen Ländern, darunter auch in Österreich, bereits ab 2007 der Anteil jener Befragten gesunken ist, die fremden Personen Hilfe leisten würden (vgl. OECD, 2014, S. 142). Allerdings gibt es in Bezug auf den Altruismus in der österreichischen Bevölkerung widersprüchliche Ergebnisse, die beim Vergleich der OECD-Daten 2010-2011 mit den ESS-Daten aufgefallen sind: so war es für 2/3 der ÖsterreicherInnen wichtig, dass jeder Mensch auf dieser Welt gleichbehandelt wird, und jeder Mensch die gleichen Chancen im Leben hat, bzw. den Menschen in seiner/ihrer Umgebung zu helfen und sich um deren Wohlergehen zu sorgen (2006 nur 60%).

Anhand dieser Daten und Überlegungen kann also aufgezeigt werden, dass sowohl eine relativ hohe Befürwortung eines wohlfahrtsstaatlichen Programms (institutionalisierte Solidarität), eine sinkende Toleranz als auch widersprüchliche Einstellungen gegenüber Altruismus zu zwei kont-

rären Richtungen führen können: einerseits zur allgemeinen inklusiven Solidaritätsforderung, andererseits zu Ausgrenzung, und exklusiver Solidarität.

Methoden

Mithilfe des gewichteten ESS 2008 Surveys und des Programms SPSS 21.0 maßen wir Einstellungen und Attitüden der österreichischen Werteklassen (N=2255).² Gemäß theoretischer Überlegungen und angesichts der Möglichkeiten des ESS Surveys, gingen wir davon aus, dass sich inklusiv-solidarische Einstellungen aus vier Werten zusammensetzen, diese sind wie oben erwähnt: soziales Vertrauen, Altruismus, Toleranz und Etatismus. Des Weiteren nahmen wir an, dass niedrige Werte in Einstellungen wie Misstrauen, Intoleranz, Anti-Etatismus, oder Egoismus, zu exklusiven Einstellungen führen. Dabei haben wir – aufgrund des Modelles von Csepeli und Prazsák– sieben Hauptkomponenten erstellt: soziales Vertrauen (aus 10 stufigen Skalen), Toleranz (aus 4 und 10 stufigen Skalen), Etatismus (aus 5 stufigen Skalen), Altruismus, Individualismus und Konformismus (jeweils aus 6 stufigen Skalen) sowie Autonomie am Arbeitsplatz (aus 10 stufigen Skalen; siehe Tabelle 1 bis 7 im Anhang). Mithilfe einer Clusterzentrenanalyse (paarweiser Fallausschluss, 19 Iterationen) berechneten wir unsere drei Werteklassen: die Aktiven, die Rebellen und die Passiven (siehe Tabelle 1 im Haupttext). Diese Werteklassen wurden durch Mittelwertanalysen (siehe die Attitüden und Einstellungen als Hauptkomponenten im Anhang von 8 bis 17) und Kreuztabellen charakterisiert (siehe „Demographie“, „Einstellungen zur Politik und zum Wohlfahrtstaat“ und „soziale Aktivität“ Unterabschnitte im Haupttext). Um die „Störfaktoren“ ausfiltern zu können, schufen wir Erklärungsmodelle (logistische Regressionen), wodurch nur die wichtigsten unabhängigen Variablen in den Modellen übrigblieben. Wir charakterisierten unsere Werteklassen mithilfe einer multinomialen logistischen Regression (zu den Berechnungen wurden die SPSS Grundeinstellungen für das Modell verwendet, siehe im Anhang „Erklärungsmodelle für die Stratifikation“). Des Weiteren verwendeten wir eine binäre logistische Regression, um die Unterstützung der FPÖ innerhalb der Bevölkerung zu berechnen (0=Nicht-FPÖ Wähler und Anti-Sympathisanten, 1= FPÖ-Wähler und Sympathisanten; siehe im Anhang als „Erklärungsmodelle für die FPÖ Unterstützung“).

2

Über Erhebungsmethode siehe detailliert: <http://www.europeansocialsurvey.org/data/country.html?c=austria>

FORSCHUNGSERGEBNISSE

Ähnlichkeiten und Unterschiede zwischen den beiden Analysen

Mit Hilfe einer Clusterzentrenanalyse reproduzierten wir zunächst Csepeli und Prazsáks Stratifikation und stellten sie anschließend unserer gegenüber. Die Ergebnisse sind in der folgenden Tabelle zu sehen.

Tabelle 1.

	Aktive (N=867)	Csepeli und Prazsák Aktive	Rebellen (N=473)	Csepeli und Prazsák Rebellen	Passive (N=914)	Csepeli und Prazsák Passive
Soziales Vertrauen	0.57	0.56	-0.14	-0.11	-0.47	-0.5
Etatismus	0.39	-0.29	-1.21	-0.23	0.23	0.47
Toleranz	0.77	0.75	-0.41	-0.31	-0.6	-0.56
Altruismus	0.44	0.38	-1.29	-1.1	0.24	0.51
Autonomie	0.11	0.45	0.27	-0.12	-0.24	-0.39
Individualismus	0.38	0.32	-0.57	-0.58	-0.07	0.02
Konformismus	-0.32	-0.27	-0.54	-0.79	0.58	0.7
Häufigkeit	38%	38%	21%	25%	41%	37%

Wie aus der Tabelle ersichtlich, sind bei Csepeli und Prazsák im europäischen Sample die anti-etatistisch geprägten Aktiven mit 38% die größte der drei Gruppen. Im Gegensatz dazu sind die Aktiven in unserer Analyse relativ stark etatistisch eingestellt, und sind mit 38% die zweitgrößte der definierten Gruppen. Csepeli und Prazsáks aktive Gruppe weist des Weiteren etwas höhere Werte in der Autonomie und geringere Werte sowohl beim Altruismus als auch beim Individualismus auf. Ähnliche Werte in beiden Gruppen sind beim sozialen Vertrauen, der Toleranz und beim Konformismus zu beobachten.

Csepeli und Prazsáks Rebellen sind mit 25% eine etwas größere Gruppe als unsere ähnliche Gruppe. Sie weisen zwar negative Werte für den Etatismus auf, jedoch sind diese in unserer Analyse weitaus geringer. Die rebellische Gruppe ist außerdem weit weniger autonom als in unserer Untersuchung, und auch beim Konformismus finden sich leicht geringere Werte als in Österreich. Ähnlich niedrige Ergebnisse weist die Gruppe in sozialem Vertrauen, Toleranz, Altruismus sowie dem Individualismus auf.

Die Passiven bei Csepeli und Prazsák setzen sich aus 37% der Bevölkerung zusammen; die österreichische Gruppe ist dabei etwas größer. Zudem weist die Gruppe bei Csepeli und Prazsák etwas höhere Werte bei Etatismus, Altruismus als auch Konformismus auf.

Aktive

Ihrer Klassifikation nach, weisen die Mitglieder der Aktiven bei den meisten der untersuchten Werte – außer dem Konformismus – hohe bis sehr hohe Werte auf. Das bedeutet, dass die Mitglieder der Aktiven sich ungern traditionellen Normen und Regeln beugen und Sicherheit nicht über persönliche Freiheit und Kreativität stellen (siehe die Operationalisierung der Werte detailliert in Tabellen von 1 bis 7 im Anhang). Sie sind individualistisch, d.h. sie wollen ein aufregendes, kreatives Leben führen, frei und unabhängig sein, viele verschiedene Dinge ausprobieren und dabei Risiken nicht unbedingt vermeiden. Toleranz weist bei dieser Gruppe die höchsten Ergebnisse auf, gefolgt von sozialem Vertrauen, Etatismus und Altruismus. Das bedeutet, dass die Mitglieder der Aktiven ihre Mitmenschen für hilfsbereit halten und sich von ihnen nicht ausgenutzt fühlen. Sie wünschen sich, dass alle Menschen gleichbehandelt werden und die gleichen Chancen im Leben haben sollen. Sie wollen den in ihrer Umgebung Lebenden im Alltag helfen und sie verstehen. Außerdem ist ihnen die Umwelt wichtig und sie wollen diese bewahren. Sie sind gegenüber MigrantInnen – der eigenen oder anderen Ethnien – sehr tolerant; und glauben, dass das Leben in Österreich im Allgemeinen durch Zuwanderung bereichert wird. Auch bei der Autonomie am Arbeitsplatz weist diese Gruppe positive Werte auf. Die Personen haben also einen gewissen Einfluss auf die Art und Weise, wie sie ihre Arbeit verrichten können und sind weniger an starre Hierarchien gebunden. Der hohe Etatismus lässt darauf schließen, dass ihrer Ansicht nach, dem Staat in Fragen sozialer Gerechtigkeit und Umverteilung eine wichtige Rolle zukommt und sie einen starken Wohlfahrtsstaat generell befürworten.

Demographie

Demographisch gesehen sind die Mitglieder der Aktiven mit durchschnittlich 38 Jahren die jüngste unter den drei analysierten Gruppen. Unter ihnen sind Personen überrepräsentiert, die Matura oder eine höhere Ausbildung haben. Etwa 55% der Mitglieder der Aktiven arbeiten, fast ein Viertel ist in Ausbildung und nur ein Zehntel der Gruppe ist bereits in Pension. Ihr Haushaltseinkommen liegt zwar nur leicht über dem Durchschnitt, trotzdem geben die Aktiven am häufigsten an, gut mit ihren Einkommen auszukommen. Ihre Einschätzungen über kurzfristige Zukunftsperspektiven bezüglich Lohn und Arbeitsmöglichkeiten sind eher befriedigend. Sie sind in Wien überrepräsentiert.

Einstellungen zur Politik und zum Wohlfahrtsstaat

Die Mitglieder der Aktiven sind an Politik interessiert. Sie haben Vertrauen in das Europäische Parlament und die Vereinten Nationen und weisen im Allgemeinen die höchsten Werte im institutionellen Vertrauen auf. Die Mitglieder der Aktiven haben keine Angst vor einer finanziellen Überbelastung von Wirtschaft und Gesellschaft aufgrund von Sozialleistungen; sie sind nicht der Meinung, dass die Unterstützten den Wohlfahrtsstaat ausnutzen, um ein angenehmeres Leben auf Staatskosten zu führen. Sie halten den Lebensstandard von sensiblen, (Staats)abhängigen oder gefährdeten Gruppen für ziemlich gut und sind darüber hinaus einer Erweiterung des Wohlfahrtsstaates positiv gegenüber eingestellt. Die Mitglieder der Gruppe sind eher

der Meinung, dass Sozialleistungen Armut und Ungleichheit entgegenwirken können. Arbeitslosen und benachteiligten ArbeitnehmerInnen gegenüber sind sie nicht misstrauisch (siehe die Operationalisierung dieser Einstellungen und Attitüden in den Tabellen 8 bis 17 im Anhang).

Soziale Aktivität

Die Gruppe der Aktiven nimmt (im Vergleich zu anderen Personen im gleichen Alter) durchschnittlich oft an sozialen Aktivitäten teil, engagiert sich zudem überdurchschnittlich oft in Zivildorganisationen. Sie unterschreiben überdurchschnittlich oft Petitionen und nehmen an Demonstrationen teil (siehe die Operationalisierung der sozialen Aktivität im Anhang als sozialer Aktivitäts-Index).

Rebellen

Die Rebellen scheinen die meisten beschriebenen Werte nicht zu teilen oder abzulehnen. Allerdings verfügen sie über Autonomie am Arbeitsplatz. Die stärkste Ablehnung zeigt sich beim Etatismus und beim Altruismus, gefolgt von Toleranz, Individualismus und Konformismus; auch ihr soziales Vertrauen ist gering. Sie sind also sowohl gegen ein Eingreifen des Staates in Verteilungsfragen als auch Zuwanderung. Außerdem sind sie ihren Mitmenschen gegenüber eher misstrauisch.

Demographie

Die Rebellen sind mit durchschnittlich 51 Jahren die älteste Gruppe. Ihr gehören mehrheitlich Männer (63%) an. Unter den Rebellen sind Personen überrepräsentiert, die nur die Pflichtschule absolviert haben (21%). Etwa 41% der Gruppe hat einen Berufsschulabschluss, weitere 21% haben maturiert. Nur eine Minderheit (6%) der Gruppe hat einen akademischen Grad. Etwa die Hälfte der Rebellen arbeitet (darunter 23% selbständig), mehr als ein Drittel sind in Pension. Ihr Haushaltseinkommen sowie ihr Pro-Kopf Einkommen ist von allen ermittelten Gruppen am höchsten. Dennoch geben sie am seltensten an, mit ihrem Einkommen gut zurechtzukommen.

Einstellungen zur Politik und zum Wohlfahrtsstaat

Die Rebellen zeigen wenig institutionelles Vertrauen. Die Gruppe verortet sich politisch überdurchschnittlich weit rechts und am weitesten rechts von allen drei Gruppen. Für diese Gruppe ist die Vereinigung der EU bereits zu weit gegangen.

Die Gruppe vertritt die Meinung, dass der Staat durch Sozialleistungen zu stark belastet wird. Sie sind gegen die Erweiterung des Wohlfahrtsstaates, und gehen davon aus, dass die unterstützten Gruppen die Leistungen des Staates ausnutzen und „faul“ sind. Sie glauben auch nicht, dass diese Förderungen großflächige Armut beseitigen können und sind sehr misstrauisch gegenüber Arbeitslosen und Benachteiligten.

Soziale Aktivität

Politisch gesehen sind die Rebellen überdurchschnittlich aktiv. Die Gruppe der Rebellen nimmt am Häufigsten an geselligen Treffen teil, beteiligt sich an der Organisation von politischen Parteien und unterhält am meisten Kontakt zu PolitikerInnen.

Passive

Die Gruppe der Passiven ist mit 41% in der Bevölkerung vertreten und damit die größte Gruppe. Die Gruppe ist sehr intolerant, und weist außerdem ein sehr geringes soziales Vertrauen auf. Die Gruppe ist nicht individualistisch und verfügt kaum über Autonomie am Arbeitsplatz. Dabei ist die Gruppe sehr konformistisch, etatistisch sowie altruistisch eingestellt. Zuwanderung wird auch für diese Gruppe als etwas Negatives betrachtet, und sie sehen in der Einwanderung keine kulturelle Bereicherung. Das Misstrauen ihren Mitmenschen gegenüber ist stark, da sie der Meinung sind, diese würden sie ausnutzen.

Demographie

Die Gruppe der Passiven hat ein durchschnittlich hohes Alter von 47 Jahren. Unter den Passiven sind Personen die keine Matura haben überrepräsentiert, nur etwa ein Fünftel dieser Gruppe hat einen Maturaabschluss. Circa 55% der Gruppe arbeitet, während ein Fünftel aus PensionistInnen besteht; weitere 10% verrichten Haus- und Familienarbeit. Sie haben das geringste Haushaltseinkommen der drei Gruppen und geben deutlich seltener als der Durchschnitt an, gut mit ihrem Einkommen auszukommen. Sie haben außerdem Angst davor, in naher Zukunft an Geldmangel zu leiden.

Einstellungen zur Politik und zum Wohlfahrtsstaat

Die Passiven sind wenig an Politik interessiert, auch da diese von ihnen überdurchschnittlich oft als zu schwer zu verstehen eingestuft wird. Die Passiven haben sehr wenig institutionelles Vertrauen und sind auch nicht zufrieden mit der Funktionalität des Staates. Auch dem Europäischen Parlament sowie den Vereinten Nationen wird geringes Vertrauen entgegengebracht. Für diese Gruppe ist die Vereinigung der EU ebenfalls zu weit gegangen. Politisch verorten sich die Passiven überdurchschnittlich weit rechts.

Sie vertreten die Ansicht, dass der Wohlfahrtsstaat weiter ausgebaut werden müsste, glauben aber dennoch, dass Sozialleistungen Menschen faul machen. Außerdem gehen sie davon aus, dass Sozialleistungen Armut etwas bekämpfen und/oder entgegenwirken können, auch wenn sie gleichzeitig denken, dass sie ‚die Wirtschaft‘ überfordern. Sie sind sehr misstrauisch gegenüber Bedürftigen und marginalisierten Gruppen. Des Weiteren unterstützen die Mitglieder der Gruppe autoritäre Lösungen.

Soziale Aktivität

Die Gruppe der Passiven nimmt unterdurchschnittlich oft an allen erwähnten sozialen Aktivitäten teil. Sie unterhalten wenig Kontakt zu PolitikerInnen und sind unterdurchschnittlich oft politisch aktiv.

Parteisympathie

Während unter den Mitgliedern der Aktiven der Anteil der FPÖ-WählerInnen und Sympathisanten³ kaum messbar ist, sind es bei den Rebellen 19% und bei den Passiven sogar 22%. Zu beobachten ist auch, dass die Rekrutierungsbasis der FPÖ vor allem bei den Passiven zu finden ist: 64% der FPÖ WählerInnen sind Passive, weitere 34% finden sich unter den Rebellen. Fast die Hälfte der Mitglieder der Aktiven würde die Grünen wählen. Unter den anderen Gruppen beträgt der Anteil an Grün-WählerInnen nur zwischen 3 und 7%. Unter den Rebellen (43%) und Passiven (33%) sind die ÖVP-WählerInnen überrepräsentiert.

Erklärungsmodelle

Anhand der Ergebnisse der multinomialen logistischen Regression mit der Gruppe der Aktiven als Referenzkategorie lässt sich zeigen, dass die Rebellen signifikant weniger Wahrscheinlichkeit aufweisen, eine Erweiterung des Wohlfahrtsstaats zu unterstützen als die Aktiven. Die Rebellen sind weit mehr davon überzeugt, dass das Sozialsystem großflächige Armut nicht bekämpfen kann und Sozialleistungen eine enorme Last für die Wirtschaft darstellen. Ihre soziale Aktivität ist außerdem viel geringer. Zudem ist die Wahrscheinlichkeit die FPÖ zu wählen bei den Rebellen mehr als fünfmal höher als bei den Aktiven.

Die Passiven weisen eine viel größere Wahrscheinlichkeit auf, autoritäre Maßnahmen gutzuheißen als die Aktiven, und unter ihnen ist die Vorstellung, dass Sozialleistungen eine enorme Last für die Wirtschaft bedeuten, weit verbreitet. Sie sind älter und ihre soziale Aktivität sowie ihr Ausbildungsniveau sind geringer. Im Vergleich zu den Aktiven wählen die Passiven fast siebenmal wahrscheinlicher die FPÖ.

Aus einer weiteren logistischen Regression (mit der Referenzkategorie der nicht-FPÖ-WählerInnen und Nicht-Sympathisanten) geht nochmals hervor, dass die Sympathie mit der FPÖ am stärksten von der Zugehörigkeit zur passiven und der rebellischen Gruppe beeinflusst wird. Außerdem spielen weitere Punkte bei der Sympathie mit der FPÖ eine wichtige Rolle: Misstrauen in

³ Folgende Variablen wurden hier zusammengefügt: Für welche Partei haben Sie bei dieser Wahl gestimmt, bzw. Gibt es eine bestimmte politische Partei, der Sie sich mehr verbunden fühlen als allen anderen Parteien? Welche?

den Rechtsstaat, Autoritarismus, die Ablehnung der Erweiterung des Wohlfahrtsstaats und der für eher ungünstig gehaltene Lebensstandard von sensiblen/(Staats)abhängigen/gefährdeten Gruppen (siehe detailliert im Anhang als „Erklärungsmodelle für die FPÖ Unterstützung“).

ZUSAMMENFASSUNG UND KONKLUSION

In dieser Studie wurden gesellschaftliche und politische Orientierungen untersucht sowie die Solidaritätsbereitschaft und Radikalisierung der österreichischen Gesellschaft in 2010-11. Es wurde eine Gesellschaft analysiert, die nach den Vorstellungen Csepelis und Prazsáks eher zu den an aktiven Gruppen reichen Gesellschaften gehören sollte. Aber das Bild ist anspruchsvoller und differenzierter.

Die Aktive Gruppe in Österreich scheint nicht nur gesellschaftlich aktiv, sondern mit ihren stark pro-sozialen Einstellungen und Werten wirklich inklusiv solidarisch zu sein. Die Mitglieder dieser Gruppe weisen ein eher institutionelles Vertrauen auf und stehen der EU und der Demokratie im Allgemeinen sehr positiv gegenüber. Vermutlich sind sie aufgrund ihres hohen sozialen Gerechtigkeits- und Gleichheitsgefühls für eine Erweiterung des Wohlfahrtsstaats und für die Unterstützung von Bedürftigen. Das Vertrauen in den Wohlfahrtsstaat wird auch durch den Glauben an die Effektivität von Sozialleistungen verstärkt. Politisch ordnen sie sich am häufigsten den Grünen zu, aber auch die SPÖ und Kleinparteien werden von ihnen überdurchschnittlich oft gewählt. Die Mitglieder dieser Gruppe sind jünger, haben eine höhere Bildung und einen höheren Status, leben unter vorteilhaften Verhältnissen. Deshalb können wir sie auch als progressive Mittelklasse bezeichnen.

Die zweite Gruppe, die von Csepeli und Prazsák als Rebellen bezeichnet wurde, macht etwas mehr als ein Fünftel der österreichischen Gesellschaft aus. Sie schenken weder ihren MitbürgerInnen noch den demokratischen Institutionen Vertrauen und sind auch nicht an einer Aufrechterhaltung des Wohlfahrtsstaates interessiert. Sie weisen keine generelle Hilfsbereitschaft auf und sind überaus intolerant. Sozialhilfe-Beziehende und MigrantInnen stufen sie als gefährlich ein. Sie sind überzeugt, dass das Sozialsystem großflächige Armut nicht bekämpfen kann und dass Sozialleistungen eine enorme Last für die Wirtschaft verursachen. Ökonomisch entspricht ihr stark anti-etatistisches Gedankengut dem neoliberalen/neoklassischen Modell. Dementsprechend scheinen sie an die soziale Dominanz der eigenen Gruppe zu glauben, aber traditionell autoritäre Lösungen nicht zu befürworten. Ihre Einstellung lässt sich unter anderem vermutlich darauf zurückführen, dass sie Angst haben, „ihr Erreichtes“ zu verlieren. Wir können sie als anti-solidarische dominanzorientierte Rebellen bezeichnen. Politisch teilen sich nahezu zwei Drittel

der Rebellen auf die FPÖ (19%) und die ÖVP (43%) auf, wobei sie unter den FPÖ-WählerInnen einen Anteil von 34% ausmachen. Damit wählen sie mehr als sechsmal wahrscheinlicher die FPÖ als es die Aktiven tun. Erklären lässt sich das durch ihre Anti-Solidarität. Sie schätzen nur die wenigen hartarbeitenden „Würdigen“ und wollen ihren Wohlstand und ihre (empfundene) soziale Dominanz aufrechterhalten.

Die von Csepeli und Prazsák als passiv bezeichnete Gruppe bildet mit 40% einen etwas größeren Teil der österreichischen Gesellschaft, als die Mitglieder der inklusiv solidarischen Gruppe (Aktiven). Sie sind gegenüber ihrem MitbürgerInnen, demokratischen Institutionen und der EU misstrauisch eingestellt. Ihre Grundhaltung ist pessimistisch geprägt und ihre Werte im Bereich der allgemeinen Lebenszufriedenheit sind sehr niedrig. Der Großteil der Passiven gehört der unteren Mittelklasse an. Sie weisen einen niedrigen Status (sowohl bei der Ausbildung als auch beim Einkommen) und fehlende Autonomie in der Arbeit auf, wodurch das Gefühl von Deprivation entstehen kann. Die Angst vor der Bildung „ethnischer Wettkämpfe“ (Lipset, 1981) auf dem Arbeitsmarkt, in denen sich die Passiven als benachteiligte Gruppe sehen, sich dabei selbst die Rolle der hartarbeitenden, würdigen Klasse zuschreiben, kann zu Hass auf Eingewanderte und „Unwürdige“ führen. Trotzdem sind sie dafür, dass der Wohlfahrtsstaat weiter ausgebaut werden muss, auch wenn sie befürchten, dass Sozialleistungen eine enorme Last für die Wirtschaft darstellen. Die Gruppe ist zwar etatistisch eingestellt, ihre Ansichten in Bezug auf den Wohlfahrtsstaat sind allerdings zwiegespalten. So sind sie einerseits der Meinung, dass der Wohlfahrtsstaat Armut wirksam bekämpfen kann und profitieren selbst von ihm, andererseits sind sie der Meinung, dass Sozialleistungen Menschen faul machen und die Wirtschaft dadurch überfordert wird. Wahrscheinlich wird wohlfahrtstaatliche Unterstützung als „eigene Reserve“ angesehen, die der Staat für „Unwürdige“ ausgibt. Dieses Phänomen betrachten wir, nach Csepeli und Prazsák (2012), als eine sektiererische Gleichheitsforderung anhand eines ambivalenten Vorurteils, durch die nur die eigene, meistens ethnisch-nationale Gruppe mit staatlichen Eingriffen und stark autoritären Lösungen erhoben wird: die Erhebung der „wahren“ ÖsterreicherInnen und die Schaffung der Herrschaft der „zur Nation gehörenden Würdigen“ mit allen Mitteln, der für natürlich haltenden nationalen Souveränität und Dominanz entsprechend.

Unter den Passiven befinden sich 33% ÖVP- und 22% FPÖ-WählerInnen, wobei die Rekrutationsbasis der FPÖ aus 64% der Passiven besteht. In dieser Gruppe bildet sich eine starke exklusive Solidarität heraus – es wird für Sicherheit und altkonservative Werte eingestanden, da sie sich vermutlich als Verlierer der Modernisierung sehen. Ihre Wut richtet sich wahrscheinlich nicht gegen das System als Ganzes, sondern gegen den vorherrschenden, ‚zu freigiebigen‘, liberalen Staat. Wir bezeichnen sie als autoritäre exklusiv-solidarische Passive.

Die Sympathie mit der FPÖ wird in unserer Untersuchung am stärksten von der passiv exklusiven Solidarität (Ausmaß ambivalenter Vorurteile und Wohlfahrtschauvinismus durch Kombination von Etatismus und starkem Konformismus mit wenig Altruismus) und der rebellischen Anti-Solidarität (Ablehnung aller untersuchten inklusiv-solidarischen Werte) beeinflusst, deren Zuwachs seit dem Ausbruch der Krise zu einem weiteren Erstarren der Partei führen konnte.⁴ In einer anschließenden Untersuchung soll herausgefunden werden, inwieweit sich dieser Zuwachs tatsächlich anhand unterschiedlicher Solidaritätseinstellungen belegen lässt.

⁴ Außerdem spielten soziale Inaktivität, und die Unzufriedenheit mit der Funktionalität des Staates bei der Sympathie mit der FPÖ eine wichtige Rolle.

LITERATURVERZEICHNIS

- Alber, F. (2006). Wohlfahrtsregime und Einstellungen zur Wohlfahrtsproduktion: ein Vergleich elf westlicher Länder.
- Andreß, H. J., Burkatzki, E., & Heien, T. (1998). Projektantrag: Wohlfahrtsstaatliche Maßnahmen und Einstellungen der Bürger.
- Babarczy, E. (2005). Politikai önbizalom, véleményvezérek és a bizalom formái. In Medgyesi, M., Tóth, I. (Hg.) *Kockázat, bizalom és részvétel a magyar gazdaságban és társadalomban. Budapest, Társi Alapítvány* <http://www.socialnetwork.hu/cikkek/tarsTokeKotet.pdf>
- Bayertz, K. (Ed.). (1999). *Solidarity*. Dordrecht: Kluwer.
- Becker, J., Eckert, J., Kohli, M. & Streeck, W. (Hg.) (2004). *Transnationale Solidarität: Chancen und Grenzen*, Frankfurt a. M / New York: Campus.
- Beecher, J. (1986). *Charles Fourier: The Visionary and His World*. Berkeley/ Los Angeles/ London: University of California Press.
- Bellah, R., Madsen, R., Sullivan, W. M., Swidler, A., & Tipton, S. M. (1996). *Habits of the Heart: Individualism and Commitment in American Life*. Berkeley: University of California Press.
- Bierhoff, H. W. (2006) Empathie-Altruismus-Hypothese. In H. W. Bierhoff & D. Frey (Hrsg.), *Handbuch der Sozialpsychologie und Kommunikationspsychologie* (S. 150-157). Göttingen: Hogrefe.
- Bierhoff, H. W. (2010). *Psychologie prosozialen Verhaltens. Warum wir anderen helfen*, (2. Auflage). Stuttgart: Kohlhammer.
- Bierhoff, H. W., & Rohmann, E. (2012). Helfer, Helfen und Altruismus. In *Handbuch soziale Probleme* (pp. 1332-1346). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Carvalho, J. (2013). *Impact of extreme right parties on immigration policy: comparing Britain, France and Italy* (Vol. 20). Routledge: New York.
- Csepeli G., Murányi, I. & Prazsák, G. (2012). Új tekintélyelvűség Magyarországon Társadalmi

csoporthierarchiájának látásviszonyai. Budapesti Könyvszemle-BUKSZ, (01), 43-45.

Csepeli G., & Prazsák, G. (2010). *Örök visszatérés? Társadalom az információs korban. (Eternal return? Society in the Information Age)*. Józsvöveg.

Coenders, M., Lubbers, M., & Scheepers, P. (2007). *Resistance to Immigrants and Asylum Seekers in the European Union*. In *European Yearbook of Minority Issues* (pp. 5–34). Leiden: Martinus Nijhoff Publishers.

Della Porta, D., Caiani, M., & Weller, P. (2009). *Social movements and Europeanization*. Oxford: Oxford University Press.

European Commission. (2012). *Employment and Social Developments in Europe 2012*. Luxembourg: European Commission.

European Commission. (2013). *Employment and Social Developments in Europe 2013*. Luxembourg: European Commission.

Ferge, Z. (1997). *A szociálpolitikára ható értékek* In Zombori Gyula: *A szociálpolitika alapfogalmai*. Hilscher Rezső Szociálpolitikai Egyesület.

Flecker, J. (Hg.). (2012). *Changing working life and the appeal of the extreme right*. Hampshire: Ashgate Publishing, Ltd.

Friesl, C., Hamachers-Zuba, U., & Polak, R. (Hg.). (2009). *Die ÖsterreicherInnen: Wertewandel 1990-2008*. Wien: Czernin.

Frings, C. (2010). *Soziales Vertrauen*. VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Geden, O. (2007). *Rechtspopulismus: Funktionslogiken-Gelegenheitsstrukturen-Gegenstrategien*. SWP-Studien, Berlin.

Gesthuizen, M. J. W., Savelkoul, M. J., & Scheepers, P. L. H. (2014). *Ethnic diversity and dimensions of in-group solidarity: Overview of insights into empirical relationships in Europe*. London/New York : Psychology Press.

- Giczi, J., & Sík, E. (2009). Bizalom, társadalmi tőke, intézményi kötődés. In Tóth, I G. (Hg.): *Tárki Európai társadalmi jelentés*, 70.
- Giddens, A. (2013). *The third way: The renewal of social democracy*. Cambridge/Malden: Polity Press.
- Grajczár, I., & Tóth, A. (2009). *Miért olyan sikeresek a radikális nemzeti-populista pártok nagy társadalmi-gazdasági átalakulások, válságok idején?* *Politikatudományi Szemle*, (3), 7-29.
- Hamann, S., Karl, A., & Ullrich, C. G. (2001). *Entsolidarisierung?: Leistungen für Arbeitslose im Urteil von Erwerbstätigen*. Campus Verlag.
- Hentges, G., & Platzer, H. W. (Hg.). (2011). *Europa-quo vadis?: Ausgewählte Problemfelder der europäischen Integrationspolitik*. Wiesbaden: VS Verlag.
- Hondrich, K. O., & Koch-Arzberger, C. (1992). *Solidarität in der modernen Gesellschaft*. Frankfurt/Main: Fischer-Taschenbuch-Verlag.
- Janky Béla (2005): Individualizmus, etatizmus és a politikai attitűdök kapcsolata a bizalommal
In Medgyesi Márton és Tóth István György szerk: *Kockázat, bizalom és részvétel a magyar gazdaságban és társadalomban*. Budapest, Tárki Alapítvány <http://www.socialnetwork.hu/cikkek/tarsTokeKotet.pdf>
- Kitschelt, H., & McGann, A. J. (1997). *The radical right in Western Europe: A comparative analysis*. Ann Arbor: University of Michigan Press.
- Klein, A., & Zick, A. (2013). Toleranz versus Vorurteil?. *KZfSS Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 65(2), 277-300.
- Lipset, S. M. (1981). *Political man: The social bases of politics* (2nd ed.). Baltimore: Johns Hopkins University Press.
- Mitnik, P. (2010). *Die FPÖ-eine rechtsextreme Partei?: zur Radikalisierung der Freiheitlichen unter HC-Strache*. Münster: Lit-Verlag.

- Mudde, C. (2014). Rechtsaußen, die große Rezession und die Europawahlen 2014. *Politik und Zeitgeschichte*, 64(12), 16-24.
- OECD (2014). *Society at a glance 2014*. Paris
- Pratto, Sidanius, Stallworth and Malle (1994): Social dominance orientation: A personality variable predicting social and political attitudes, *Journal of Personality and Social Psychology*, 67:741-763
- Pratto (1999): The puzzle of continuing group inequality: Piecing together psychological, social, and cultural forces in social dominance theory, in M.P. Zanna (ed.) *Advances in Experimental Social Psychology* Vol., 319. San Diego. Academic Press
- Preglau, M. (2001). Rechtsextrem oder postmodern. Ein Jahr Regierungspolitik der (Haider-) FPÖ. Wien: *SWS-Rundschau*, 2(2001), 193-213.
- Putnam, R. D. (2000). *Bowling alone: The collapse and revival of American democracy*.
- Reiter, E. (2010). *Das soziale Selbstportrait der Österreicher: und wie und als was sie den Liberalismus sehen*. Internat. Wien: Inst. für Liberale Politik.
- Reßler, R. (2002). Bestimmungsfaktoren zur allgemeinen Akzeptanz wohlfahrtsstaatlicher Leistungen. *Wirtschaft und Gesellschaft*, 28(2), 201-228.
- Stjernø, S. (2005). *Solidarity in Europe. The History of an Idea*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Stöss, R. (2013). *Der rechte Rand des Parteiensystems*. In *Handbuch Parteienforschung* (pp. 563-618). Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden.
- Szűcs, J. (1983). *Vázlat Európa három történeti régiójáról*. Magvető.
- Tóth, I. G. (2009). Bizalomhiány, normazavarok, igazságtalanságérzet és paternalizmus a magyar társadalom értékszerkezetében. *Budapest, Tárki*.

Ullrich, C. G. (2000). Die soziale Akzeptanz des Wohlfahrtsstaates: Ergebnisse, Kritik und Perspektiven einer Forschungsrichtung. *Soziale Welt*, 131-151.

UNHCR-Studie 2011: Pressemitteilung. <http://www.unhcr.at/archiv/pressemitteilungen/artikel/44c66578cbcdf8734d6e841340747c5e/unhcr-studie-belegt-wenig-wissen-dafuer-viele-vorurteile-gegen.html>.

Vester, M. (2001). Wer sind heute die „gefährlichen Klassen“? Soziale Milieus und gesellschaftspolitische Lager im Wandel. In: Loch, D., Heitmeyer, W. (Hg.). *Schattenseiten der Globalisierung* (298-345). Frankfurt/Main: Suhrkamp

Werts, H., Scheepers, P., & Lubbers, M. (2012). *Euro-scepticism and radical right-wing voting in Europe, 2002–2008: Social cleavages, socio-political attitudes and contextual characteristics determining voting for the radical right*. *European Union Politics*, 1465116512469287.

Zick, A., Hövermann, A., & Krause, D. (2012). Die Abwertung von Ungleichwertigen. Erklärung und Prüfung eines erweiterten Syndroms der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit. *Deutsche Zustände. Folge, 10*, 64-86.

Zulehner, P. M., Denz, H., Pelinka, A., & Tálos, E. (1996). *Solidarität. Option für die Modernisierungsverlierer*. Wien.

ANHANG

Hauptkomponente 1: soziales Vertrauen, erklärte Gesamtvarianz: 79,4%.

Würden Sie ganz generell sagen, dass man den meisten Menschen vertrauen kann oder dass man im Umgang mit den Menschen nicht vorsichtig genug sein kann?	.886
Glauben Sie, dass die meisten Menschen versuchen, Sie auszunutzen, wenn sie die Möglichkeit dazu hätten, oder würden sie sich Ihnen gegenüber fair verhalten?	.905
Würden Sie sagen, dass die meisten Menschen im Großen und Ganzen versuchen, hilfsbereit zu sein, oder sind sie meistens nur auf den eigenen Vorteil bedacht?	.883

Hauptkomponente 2: Toleranz, erklärte Gesamtvarianz: 69,4%.

Wie vielen Menschen, die derselben Volksgruppe oder ethnischen Gruppe wie die meisten Österreicher, sollte Österreich erlauben, sich hier niederzulassen?	-,768
Wie vielen Menschen, die einer anderen Volksgruppe oder ethnischen Gruppe wie die meisten Österreicher, sollte Österreich erlauben, sich hier niederzulassen?	-,868
Wie ist das mit Zuwanderern, die aus ärmeren Ländern außerhalb Europas stammen?	-,846
Würden Sie sagen, dass es generell schlecht oder gut für die österreichische Wirtschaft ist, dass Zuwanderer nach Österreich kommen, um hier zu leben?	,829
Würden Sie sagen, dass das kulturelle Leben in Österreich im Allgemeinen von Zuwanderern, die nach Österreich kommen, untergraben oder bereichert wird?	,850
Wird Österreich durch Zuwanderer zu einem schlechteren oder besseren Ort zum Leben?	,835

Hauptkomponente 3: Altruismus, erklärte Gesamtvarianz: 54,6%.

Für ihn/sie ist es wichtig, dass jeder Mensch auf dieser Welt gleich behandelt wird. Er/Sie glaubt, dass jeder Mensch die gleichen Chancen im Leben haben sollte.	.767
Es ist ihm/ihr wichtig, Leuten zuzuhören, die von ihm/ihr verschieden sind. Auch wenn er/sie mit ihnen nicht übereinstimmt, möchte er/sie sie trotzdem verstehen.	.732
Es ist ihm/ihr wichtig, den Menschen in seiner/ihrer Umgebung zu helfen. Er/Sie möchte sich um deren Wohlergehen sorgen.	.745
Ihm/ihr ist es wichtig, gegenüber einen/ihren Freunden treu zu sein. Er/Sie möchte für die Menschen da sein, die ihm/ihr nahe stehen.	.733
Er/Sie ist überzeugt, dass sich die Menschen um ihre Umwelt kümmern sollen. Umweltschutz ist ihm/ihr wichtig.	.717

Hauptkomponente 4: Etatismus, erklärte Gesamtvarianz: 55,5%.

Der Staat sollte Maßnahmen ergreifen, um Einkommensunterschiede zu reduzieren.	.777
In einer gerechten Gesellschaft sollten die Unterschiede im Lebensstandard der Menschen klein sein.	.774
Die Regierung sollte sicherstellen, dass jeder, der arbeiten will, einen Arbeitsplatz bekommt.	-.682

Hauptkomponente 5: Individualismus, erklärte Gesamtvarianz: 53,3%.

Es ist ihm/ihr wichtig, neue Ideen zu entwickeln und kreativ zu sein. Er/Sie unternimmt alles gerne auf seine/ihre eigene Art und Weise.	.712
Er/Sie liebt Überraschungen und sucht immer nach Neuem. Für ihn/sie ist es wichtig, im Leben möglichst viele verschiedene Dinge zu unternehmen.	.793
Es ist ihm/ihr wichtig, selbst zu entscheiden, was er/sie tut. Er/Sie ist gerne frei und unabhängig von anderen.	.673
Spaß zu haben ist ihm/ihr wichtig. Er/Sie verwöhnt sich gerne.	.797
Es ist ihm/ihr wichtig, sehr erfolgreich zu sein. Er/Sie hofft, dass andere Leute seine/ihre Leistungen anerkennen.	.622
Er/Sie ist auf Abenteuer aus und nimmt dafür Risiken auf sich. Er/Sie möchte ein aufregendes Leben führen.	.745
Er/Sie nutzt jede Gelegenheit, um Spaß zu haben. Es ist ihm/ihr wichtig, Dinge zu tun, die ihm/ihr Vergnügen bereiten.	.753

Hauptkomponente 6: Konformismus, erklärte Gesamtvarianz: 47,1%.)

Es ist ihm/ihr wichtig, in einer sicheren Umgebung zu leben. Er/Sie vermeidet alles, das seine/ihre Sicherheit gefährden könnte.	.727
Er/Sie glaubt, dass Leute das machen sollten, was man ihnen sagt. Er/Sie meint, dass Leute sich immer und überall an Regeln halten sollten, selbst wenn es niemand sieht.	.66
Es ist ihm/ihr wichtig, zurückhaltend und bescheiden zu sein. Er/Sie versucht, keine Aufmerksamkeit auf sich zu lenken.	.571

Es ist ihm/ihr wichtig, dass der Staat seine/ihre Sicherheit gegen alle Bedrohungen wahrt. Er/Sie möchte einen starken Staat, der seine Bürger beschützen kann.	.722
Es ist ihm/ihr wichtig, ein anständiges Leben zu führen. Er/Sie möchte alles vermeiden, was Leute als Fehltritt bezeichnen könnten.	.766
Traditionen sind ihm/ihr wichtig. Er/Sie möchte jene Sitten und Gebräuche befolgen, die ihm/ihr durch Religion oder die Familie überliefert wurden.	.655

Hauptkomponente 7: Autonomie, erklärte Gesamtvarianz: 81,4%.

In welchem Masse können sie an Ihrem Arbeitsplatz entscheiden, wie sie Ihre tägliche Arbeit organisieren?	.902
In welchem Masse können sie an Ihrem Arbeitsplatz strategische Entscheidungen über die Tätigkeit Ihres Unternehmens oder Ihrer Dienststelle beeinflussen?	.902

Hauptkomponente 8: Institutionelles Vertrauen, erklärte Gesamtvarianz: 69,5%.

Vertrauen in das Parlament	0,759
Vertrauen in das Rechtssystem	0,661
Vertrauen in die Polizei	0,509
Vertrauen in die Politiker	0,799
Vertrauen in politische Parteien	0,747

Hauptkomponente 9: Zufriedenheit mit der Funktionalität des Staates, erklärte Gesamtvarianz: 60,9%.

Wie zufrieden sind Sie mit der Wirtschaft in diesem Land	0,579
Wie zufrieden sind Sie mit Ihrer Regierung	0,657

Wie zufrieden sind Sie mit der Art und Weise, wie Demokratie in ihrem Land funktioniert	0,642
Wie zufrieden sind Sie mit dem heutigen Zustand des Bildungssystems	0,608
Wie zufrieden sind sie mit dem Zustand des Gesundheitssystems	0,558

Hauptkomponente 10: Autoritarismus, erklärte Gesamtvarianz: 52,8%.

Schulen lehren Kindern, Autoritäten zu gehorchen	0,566
Frauen sollen sich darauf vorbereiten, für das Wohl der Familie, dass sich ihre bezahlte Arbeit verringert	0,592
Kriminelle sollten härtere Strafen bekommen	0,475
Männer sollten mehr Anrecht auf Arbeit haben, als Frauen, wenn diese nur noch spärlich vorhanden ist	0,478

Hauptkomponente 10: Lebensstandard von sensiblen/(Staats)abhängigen/gefährdeten Gruppen, erklärte Gesamtvarianz: 48,6%.

Lebensstandard von Pensionisten	0,568
Lebensstandard von Arbeitslosen	0,54
Beihilfen für bezahlbare Kinderbetreuung für arbeitende Eltern	0,305
Möglichkeiten für Jugendliche ihren ersten Vollzeitjob zu finden	0,532

Hauptkomponente 12: Erweiterung des Wohlfahrtsstaates

Die erklärte Gesamtvarianz: 67,6%.

Krankenversicherung gehört in den Zuständigkeitsbereich der Regierung	0,734
Der Lebensstandard von Pensionisten gehört in den Zuständigkeitsbereich der Regierung	0,723
Der Lebensstandard von Arbeitslosen gehört in den Zuständigkeitsbereich der Regierung	0,573
Leistbare Kinderbetreuung gehört in den Zuständigkeitsbereich der Regierung	0,681
Bezahlter Urlaub für Krankenpflege gehört in den Zuständigkeitsbereich der Regierung	0,671

Hauptkomponente 13: Contra Sozialleistungen, erklärte Gesamtvarianz: 80,3%.

Sozialleistungen machen Menschen faul	0,735
Sozialleistungen machen Menschen rücksichtsloser im Bezug auf andere Menschen	0,853
Sozialleistungen machen Menschen rücksichtsloser im Bezug auf sich selbst und ihre Familien	0,822

Hauptkomponente 14: Pro Sozialleistungen, erklärte Gesamtvarianz: 59,9%.

Sozialleistungen verhindern großflächige Armut	0,664
Sozialleistungen helfen Ungleichheiten in der Gesellschaft zu mindern	0,574
Sozialleistungen machen es einfacher Job und Familie zu managen	0,559

Hauptkomponente 15: Finanzielle Belastung von Sozialleistungen, erklärte Gesamtvarianz: 53%.

Sozialleistungen stellen eine zu große Belastung für die Wirtschaft da	0,514
Sozialleistungen ermutigen Menschen aus anderen Ländern herzuziehen	0,401
Sozialleistungen erfordern zu viele Gebühren von der Wirtschaft	0,675

Hauptkomponente 16: Misstrauen, erklärte Gesamtvarianz: 67,6%.

Die meisten Arbeitslosen versuchen nicht wirklich einen Job zu finden	0,682
Viele beanspruchen Sozialleistungen, die sie nicht benötigen	0,692
Angestellte behaupten oft krank zu sein, um von der Arbeit fern zu bleiben	0,653

Hauptkomponente 17: Kurzfristige Zukunftsperspektive (auf 12 Monate), erklärte Gesamtvarianz: 59,3%.

Wahrscheinlichkeit, arbeitslos zu sein und sich in den nächsten 12 Monate einen Job suchen	0,612
Wahrscheinlichkeit, einen Job mit geringeren Zeitaufwand für die nächsten 12 Monate aufzunehmen, um sich um die Familie zu kümmern	0,478
Wahrscheinlichkeit, dass man für die nächsten 12 Monate, nicht genug Geld für die Notwendigkeiten des Haushalt hat	0,691

Soziale Aktivität - Index

Einen Politiker oder einen Vertreter der Bundesregierung, der Landesregierung oder der Gemeindeverwaltung kontaktiert
In einer politischen Partei oder Gruppierung mitgearbeitet
In irgendeiner anderen Organisation oder Vereinigung mitgearbeitet
Ein Abzeichen oder einen Aufkleber für eine politische Kampagne getragen oder irgendwo befestigt
Sich an einer Unterschriftensammlung beteiligt
An einer genehmigten öffentlichen Demonstration teilgenommen
Bestimmte Produkte boykottiert

Logistische Regressionen

Erklärungsmodelle für die FPÖ Unterstützung

Cox und Snell	,284
Nagelkerke	,301
McFadden	,121

FPÖ	sig.	Exp B
Soziale Aktivität	,524	1,124
Vertrauen in Institutionen	,023	,577
Lebensniveau von benachteiligten Gruppen	,038	,677
Sozialleistungen beugen Armut nicht vor	,309	1,206
Sozialleistungen belasten die Wirtschaft	,058	,698
Zufriedenheit mit der Regierung, Demokratie, Wirtschaft	,950	,984
Kein Autoritarismus	,040	,638
Erweiterung des Wohlfahrtsstaats	,038	,689
Arbeitslose nutzen soziale Leistungen u. Dienste NICHT aus	,558	,879
Ausbildungsjahre insgesamt	,391	,944
Alter	,871	1,002
Gender [gndr = 1]	,621	,848
[gndr = 2] Referenzkategorie		
Chance auf Arbeitslosigkeit	,763	1,053
Pro Kopf Einkommen	,267	,881
Aktive Referenzkategorie		
Rebellen	,039	5,014
Passive	,008	6,740

Erklärungsmodelle für die Stratifikation

Pseudo-R-Quadrat	
Cox und Snell	,531
Nagelkerke	,605
McFadden	,361

Rebellen zu Aktive (Referenzkategorie)	sig.	Exp B
Soziale Aktivität	,022	,685
Vertrauen in Institutionen	,402	,843
Lebensniveau von benachteiligten Gruppen	,506	,882
Sozialleistungen beugen Armut nicht vor	,000	2,577
Sozialleistungen belasten die Wirtschaft	,000	,397
Zufriedenheit mit der Regierung, Demokratie, Wirtschaft	,462	1,209
Kein Autoritarismus	,371	,854
Erweiterung des Wohlfahrtsstaats	,000	,214
Arbeitslose nutzen soziale Leistungen u. Dienste NICHT aus	,125	,732
Ausbildungsjahre insgesamt	,736	,982
Alter	,121	1,020
Gender [gndr = 1]	,445	1,252
[gndr = 2] Referenzkategorie		
[partei_dummy3 = 1,00 – nicht FPÖ Wähler und Sympathisanten] Referenzkategorie		
[partei_dummy3 = 2,00 – FPÖ Wähler und Sympathisanten]	,022	,162
Chance auf Arbeitslosigkeit	,856	,967
Pro Kopf Einkommen	,485	1,071

Passive zu Aktive (Referenzkategorie)	sig.	Exp B
Soziale Aktivität	,001	,625
Vertrauen in Institutionen	,063	,740
Lebensniveau von benachteiligten Gruppen	,162	,811
Sozialleistungen beugen Armut nicht vor	,060	1,347
Sozialleistungen belasten die Wirtschaft	,006	,673
Zufriedenheit mit der Regierung, Demokratie, Wirtschaft	,091	,721
Kein Autoritarismus	,000	,478
Erweiterung des Wohlfahrtsstaats	,136	,789
Arbeitslose nutzen soziale Leistungen u. Dienste NICHT aus	,279	,836
Ausbildungsjahre insgesamt	,001	,855
Alter	,003	1,030
Gender [gndr = 1]	,733	,922
[gndr = 2] Referenzkategorie		
[partei_dummy3 = 1,00 – nicht FPÖ Wähler und Sympathisanten] Referenzkategorie		
[partei_dummy3 = 2,00 – FPÖ Wähler und Sympathisanten]	,007	,138
Chance auf Arbeitslosigkeit	,140	1,234
Pro Kopf Einkommen	,671	,965